

Organisationseinheit	Datum	Drucksachen-Nr.
Chancengleichheit und Vielfalt, Gleichstellung, Integration	11.06.2026	245/2026

⇩ Beratungsfolge	⇩ Sitzungstermin
Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration	25.06.2026
Hauptausschuss	06.07.2026

Tagesordnungspunkt:

Antrag der SPD-Fraktion: Einbürgerung würdig feiern - Anerkennung in Gütersloh sichtbar machen

Antrag der Fraktion:

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration möge in seiner nächsten Sitzung über folgende Punkte beraten und dem Hauptausschuss empfehlen zu beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die Einführung regelmäßiger Einbürgerungsfeiern für neu eingebürgerte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gütersloh zu erarbeiten.
2. Ziel ist es, einen würdigen, freundlichen und zugleich organisatorisch gut umsetzbaren Rahmen zu entwickeln, in dem die Einbürgerung als besonderer Moment der Zugehörigkeit zur Gütersloher Stadtgesellschaft sichtbar gewürdigt wird.
3. Bei der Erarbeitung des Konzepts sollen Best-Practice-Beispiele anderer Kommunen berücksichtigt werden. Dabei ist insbesondere zu prüfen, welche Veranstaltungsform für Gütersloh geeignet ist. Dazu gehören unter anderem:
 - Rahmen und Ablauf der Veranstaltung,
 - geeignete Veranstaltungsorte,
 - musikalische oder kulturelle Gestaltung,
 - Einbindung von Familienangehörigen,
 - organisatorischer Aufwand und notwendige Ressourcen.
4. Die Verwaltung wird gebeten, verschiedene Umsetzungsvarianten zu prüfen. Dabei sollen insbesondere folgende Modelle betrachtet werden:

- eine jährliche Einbürgerungsfeier mit der Ehrung von Einzelpersonen
 - eine halbjährliche oder vierteljährliche Durchführung
- Die Teilnahme an einer Einbürgerungsfeier soll freiwillig sein. Zugleich soll geprüft werden, wie die gesetzlichen Vorgaben des Staatsangehörigkeitsgesetzes, insbesondere § 16 StAG, mit einer praktikablen, zeitnahen und für die Eingebürgerten verlässlichen Durchführung verbunden werden können. Eine Teilnahme oder Nichtteilnahme an einer Feier darf nicht zu Verzögerungen im Einbürgerungsverfahren führen.
 - Die Verwaltung wird beauftragt, die mit den jeweiligen Varianten verbundenen Kosten, den Personalaufwand sowie mögliche Veranstaltungsorte darzustellen und dem Ausschuss einen entsprechenden Vorschlag zur weiteren Beratung vorzulegen
 - Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss außerdem über:
 - die Zahl der Einbürgerungen in den Jahren 2023 bis 2025,
 - die voraussichtliche Entwicklung der Einbürgerungszahlen,
 - die bisherigen Abläufe bei der Aushändigung der Einbürgerungsurkunden,
 - mögliche Auswirkungen regelmäßiger Einbürgerungsfeiern auf Organisation und Personal.

Personelle Auswirkungen		<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja
Art	Im Zeitraum/ab Zeitpunkt	Anzahl der Stellen und Bewertungen	
Finanzielle Auswirkungen		<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja
Art	Im Zeitraum/ab Zeitpunkt	Haushaltsbelastung Euro	Veranschlagt unter Produkt-Nr. u. -bezeichnung
Beschlusskontrolle		<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja
Falls ja:			
Verantwortlicher Fachbereich:		Umsetzung bis zum:	
Klimarelevanz	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Positiv	<input type="checkbox"/> Negativ
Kurze Erläuterung der Klimaauswirkungen:			

Erläuterungen:

Die Begründung bitte ich dem anliegenden Antrag zu entnehmen.

In Vertretung

Henning Matthes

Anlagenliste:
(SPD-Antrag)